

# Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Bischofswerda

Neukirch und Umgegend

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Arbeitsgerichts und des Hauptzollamts zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamts, der Schulinspektion und des Stadtrats zu Bischofswerda bestellte Blatt



Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Nicht verbreitet in allen Volksschichten.

Beilagen: Illustriertes Sonntagsblatt / Heimatkundliche Beilage / Frau und Heim / Landwirtschaftliche Beilage / Jugendpost. Druck und Verlag von Friedrich May, G. m. b. H. in Bischofswerda. — Postcheckkonto Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandsgirokasse Bischofswerda Konto Nr. 64

Erscheinungsweise: Jeden Freitag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: Frei ins Haus halbmöndlich RM. 1.20, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 50 Pfg., Einzelnummer 10 Pfg. (Sonntags- und Sonntagsnummer 15 Pfg.)

Zentralredaktion: Amt Bischofswerda Nr. 444 und 445. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis (in Reichsmark): Die 44 mm breite einseitige Millimeterzeile 10 Pfg., dreiseitige Anzeigen 8 Pfg., am Tagelohn 60 mm breite Millimeterzeile 30 Pfg. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Plätzen keine Gewähr. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 57

Freitag, den 8. März 1929.

84. Jahrgang

## Tageschau.

Im Offseebad Brunschwarten ist die etwa 350 Meter lange Minderheitenfrage ein. Dr. Stresemann forderte in einer längeren, viel beachteten Rede die Einsetzung einer Studienkommission.

In der Vollziehung des Reparationsjahresverständnisses am Mittwoch wurde der Plan der Reparationskommission vorgelegt. Die Aussprache hierüber beginnt am Freitag.

Mittwoch nachmittag haben neue unverändliche Besprechungen über eine Erweiterung der Regierung Hermann Müller stattgefunden. Es handelt sich hierbei im wesentlichen um den Versuch, Persönlichkeiten des Zentrums für das Kabinett zu gewinnen.

Am Mittwochnachmittag kam es in verschiedenen Gegenden der Reichshauptstadt zu ersten Zusammenstößen zwischen Arbeitstagen und der Polizei.

In der Nähe von Köbel in Mecklenburg-Schwerin stürzte ein Übungsflugzeug ab. Die beiden Piloten wurden völlig verflümmelt aus den Trümmern des Flugzeugs geborgen.

Im Offseebad Brunschwarten ist die etwa 350 Meter lange Landungsbrücke von den Eismassen zum Teil zerstört worden. Bisher ist ein Sachschaden von etwa 80 000 Mark entstanden. Infolge der Vereisung der Offsee mußte der deutsch-dänische Fährverkehr zwischen Bjersjöer und Warnemünde eingestellt werden.

In der Ortschaft St. Vincent auf Madeira stürzten 10 Häuser infolge eines auf Regengüsse folgenden Erdbebens ein. Derselben Personen wurden mit ins Meer gerissen. Bis jetzt sind 5 Leichen geborgen worden. Etwa 100 Personen sind obdachlos geworden.

\*) Ausführliches an anderer Stelle.

## Stresemanns Minderheitenrede.

(Von unserem Genfer Sonderberichterstatter.)

Genf, 6. März. Kein Wunder, daß der Mittwochvormittag in Genf alle die Zeichen eines großen Tages trug, wie man sie bei internationalen Konferenzen gemeinhin nur dann zu finden pflegt, wenn irgendwelche Sensationen zu erwarten sind. Couloirs und Wandelgänge bieten ein lebhaftes Bild; neben zahlreichen Schlachtenbummlern, wie sie bei den Völkerbundtagungen niemals fehlen, bekannte Köpfe der großen Presse der Welt, neugierige Genfer oder Hotelgäste, und zwischen ihnen bekannte Führer der verschiedenen Minderheitsgruppen. Ullrich, der Geschäftsführer des Deutschen Volksbundes in Oberschlesien, dessen markanter Rundkopf man früher des Öfteren hier gesehen hat, wenn wieder einmal — und wann wäre das nicht gewesen? — eine berechtigte Beschwerde der Deutschen in Polen gegen Unterdrückungspolitik und Schikanen vorlag, ist dieses Mal nicht persönlich anwesend. Polen hat gewünscht, weshalb es den großen Schlag gegen den Deutschen Volksbund ausgerechnet wenige Wochen vor Beginn dieser Genfer Tagung geführt hat und weshalb es Ullrich in Haft behält!

Selbstverständlich ist auch der Sitzungssaal bis auf den letzten Platz gefüllt. Raum öffnen sich die Türen nach Beendigung der vertraulichen Ratssitzung, in der gemäß der von den Juristen schon am Tage vorher ausgetroffenen Formel der litauische Antrag auf Zuziehung an den Ratssitz abgelehnt wurde, als auch schon die harrenden draußen hineinstürmen. Es ist eine Stimmung fast wie vor einer interessanten Theaterpremiere. Man erinnert sich der letzten Ratstagung aus dem Dezember mit ihrem Zwischenpiel des Stresemann-Zaleski'schen Zusammenstoßes; man erinnert sich, daß dieser es gewesen ist, der den deutschen Reichsaußenminister zur Ankündigung der Anträge veranlaßt hat, die heute zur Beratung stehen; man kennt die neuen Vorfälle im polnischen Teil Oberschlesiens, die die deutsch-polnische Spannung inzwischen weiter verschärft haben, und man erwartet deshalb so etwas wie eine Fortsetzung des Redebuffs vom Dezember.

Eingeweihte mußten im voraus, daß das falsche Erwartungen sein mußten. Es ging heute um noch größere Dinge als um das Schicksal nur einer einzigen Minderheit, wie die deutsche in Oberschlesien sie darstellt. So hat Dr. Stresemann, nachdem der Kanadier Dendurand seine schon bekannten Anträge und Vorschläge offiziell eingebracht hat, das Ohr der Versammlung in hohem Maße, u. man kann feststellen, daß das Interesse während seiner Rede noch wächst. Obwohl sie deutsch gehalten wird, von einem großen Teil der Anwesenden erst verstanden werden kann, wenn der Dolmetscher sie französisch und englisch wiederholt. Stresemann verzichtet auf jedes Pathos, verzichtet auf jede Polemik und verzichtet ferner auf jede Anspielung an irgendeinen Einzelfall. Er lehnt es ausdrücklich ab, sich heute mit einer Teilfrage des Minderheitenproblems, möge sie auch noch

so brennend sein, zu beschäftigen und hält eine Grundsatzerede, die dem Völkerbundsrat nach den Gesetzen der Trägheit sicher keineswegs besonders bequem ist. Der deutsche Reichsaußenminister hat sich mit dieser Rede zum ersten Vorkämpfer eines wirklichen Minderheitenrechtes aufgeworfen und damit die selbstverständliche Konsequenz gezogen aus der besonderen Situation des deutschen Volkes in Europa. Kein anderes Volk wie das unsere hat so viele und starke geschlossene oder verstreute Stammesgenossen außerhalb seiner staatlichen Grenzen, und kein Volk wie das deutsche ist deshalb berufen, für das Recht der Minderheiten auf kulturelle Selbständigkeit einzutreten. Das ist die Mission Deutschlands im Völkerbunde, nicht die einzige, aber doch eine der wichtigsten.

### Dr. Stresemann spricht.

Genf, 6. März. Zur Begründung seines Antrages: „Die Garantie des Völkerbundes für die Bestimmungen zum Schutze der Minderheiten“ hielt Reichsaussenminister Dr. Stresemann heute vormittag im Völkerbundsrat seine mit großer Spannung erwartete Rede. Er erklärte, die bisherige Behandlung der Minderheitenprobleme habe in ihm die Beforgnis erweckt, ob wir uns nicht in der Gefahr befinden, einem großen und bedeutsamen Gedanken eine falsche Auslegung zu geben. Nicht darum gehe es, die Schicksale und Verhältnisse bestimmter einzelner Minderheiten in den Mittelpunkt zu stellen, es gehe um die allgemeine Situation.

### Die neue Form des Minderheitenschutzes

Es ist wie in der bekannten Note von 1919, in der der Vertreter der damaligen alliierten und assoziierten Mächte Gründe und Ziele des ersten Minderheitenvertrages in markanter Weise dargelegt hat, festgestellt wird, eine notwendige Folge und ein wesentlicher Bestandteil des durch die Gründung des Völkerbundes eingeleiteten neuen Systems der internationalen Beziehungen. Ich brauche nur noch den Hinweis auf eine Stelle aus dem grundlegenden Bericht des Berichterstatters vom Jahre 1920 hinzuzufügen, der für das ganze Minderheitenverfahren im Völkerbund grundlegend ist, um klarzustellen, daß damals Sinn und Zweck des dem Völkerbund übertragenen hohen Mandats in seinen Kernpunkten richtig erkannt wurde.

Die Bedeutung dieser Garantie wird hier dahin definiert, daß sie die Unantastbarkeit der Schutzbestimmungen zur Folge habe und daß sie dem Völkerbund die Verpflichtung auferlege, sich der fortwährenden Durchführung dieser Bestimmungen zu vergewissern.

Dr. Stresemann erklärte weiter, wenn er mit diesen prinzipiellen Grundlagen die Praxis zusammenhalte, so könne er sich nicht des Gefühls erwehren, daß

### Theorie und Praxis nicht immer im Einklang miteinander geblieben

sind. Die Minderheiten selbst seien in sehr weitem Maße von diesem Gefühl und den sich daraus ergebenden Sorgen um ihr kulturelles Schicksal beherrschet. Im wesentlichen beschränkt sich das bestehende Verfahren auf Erledigung der beim Völkerbund eingegangenen Petitionen. In dem bereits erwähnten grundsätzlichen Berichten vom Jahre 1920 kommt aber zum Ausdruck, daß der Völkerbund die Verpflichtung habe, sich der fortwährenden Durchführung der Minderheitenschutzbestimmungen zu vergewissern.

Auf alle Fälle erscheint es mir notwendig, sich darüber klar zu werden, in welcher Weise sich der Völkerbund fortlaufend über die Lage der Minderheiten unterrichten kann.

Es ist weder eine unmögliche, noch eine eines souveränen Staates unwürdige Aufgabe, die den durch die Minderheitenbestimmungen verpflichteten Ländern auferlegt worden ist. Es ist unbestreitbar, daß die Zugehörigkeit zur Minderheit und die sich daraus ergebende Sonderstellung

### nicht im Gegensatz zu der Erfüllung der allgemeinen staatsbürgerlichen Pflichten steht.

Hinsichtlich des Petitionsverfahrens selbst wies Stresemann hin auf die Denkschrift des kanadischen Ratssitzungsberichtes, D a n d u r a n d, nach der das vom Rat befolgte Verfahren, das seinen Schwerpunkt in der Einsetzung der Dreierkomitees hat, in der beschwerdeführenden Minderheit den Eindruck entstehen lasse, daß sie nicht gehört werde, weil sie von dem Ergebnis ihrer Beschwerde nichts erfahre. Der Weg, auf dem Danburand diesem Uebelstand zu begegnen suchte, verdiente volle Aufmerksamkeit.

Der Vertreter Kanadas wünscht, das Dreierkomitee seiner Zusammenlegung nach ausgebaut zu sehen, zu einem Komitee, in dem sämtliche Mitglieder des Rates vertreten sind. Ich halte es für unbedingt geboten, diesen Gedanken weiter zu verfolgen, und auf alle Fälle müßte die Möglichkeit einer Verstärkung des Dreierkomitees in Betracht gezogen werden, die vielleicht von der jeweiligen Wichtigkeit des Falles abhängig gemacht werden könnte. Dabei bedarf der Beschluß des Rates aus dem Jahre 1925 der Ratifizierung, durch den die Einsetzung der einzelnen Ratssitzungsmitglieder zur Teilnahme an den Komitees von bestimmten Voraussetzungen abhängig gemacht worden ist. Dr. Stresemann erklärte hierzu, es scheine ihm prinzipiell nicht angängig, denjenigen Regierungen, die dauernd oder zeitweilig dem Rate angehören, das Vertrauen zu ihrer Objektivität zu verweigern. In vielen Fällen würde gerade die Hinzuziehung der jetzt ausgeschlossenen Ratssitzungsmitglieder wesentlich dazu beitragen, die hohe Aufgabe der Minderheitenbestimmungen zu fördern. Dem Ratte des Ratssitzungsberichts ist es überlassen worden, welche Ratssitzungsmitglieder der im einzelnen Falle an dem mit der Vorprüfung beauftragten Komitee teilnehmen wollen. Dr. Stresemann befaßte sich dann mit dem Plan der

Einrichtung einer ständigen Minderheitenkommission, der von so weittragender Bedeutung sei, daß er genauerer Prüfung bedürftig sei.

Wie indes das formale Verfahren künftig auch zu gestalten sein möge, unerlässlich sei volle Klarheit darüber, welchen Zwecken die dem Völkerbund übertragenen Garantien letzten Endes zu dienen habe und von welchem Geiste ihre Durchführung getragen sein müsse. Aus den angeführten Erwägungen komme ich, so erklärte Dr. Stresemann, zu folgenden Schlussfolgerungen:

Was ich wünsche und dem Rate dringend zur Ermüdung flehe, ist einmal eine sorgfältige Durchsicht der Möglichkeiten, die für eine Besserung des formalen Verfahrens bei der Behandlung von Petitionen gegeben sind.

Zweitens bitte ich, in Aussicht zu nehmen, die bisher geübte Ausschaltung der beteiligten Nationen durch ihre Hinzuziehung zu ersetzen.

Drittens wäre zu prüfen, in welcher Weise der Völkerbund seiner Garantienpflicht außerhalb des Gebietes der Petitionen zu genügen hat.

Endlich liegt mir daran, daß in der von mir ausgeprochenen Weise eine Klärung der grundsätzlichen Seite der Völkerbundsgarantie herbeigeführt wird.

Ich bin mir darüber klar, daß die Aufgabe, die sich hieraus ergibt, zu umfangreich und auch zu wichtig ist, als daß sie von uns während der gegenwärtigen Ratssitzung bewältigt werden könnte. Wohl aber können wir die zu bewältigende Arbeit in Gang bringen. Als das beste Mittel dazu erscheint mir die Einsetzung einer besonderen Studienkommission. Sie wäre so zusammenzusetzen, daß sie über die notwendige Autorität und Sachkunde verfügt.

Man hat in der Öffentlichkeit der Diskussion im Völkerbundsrat vielfach mit der Beforgnis entgegengehalten, daß durch sie ein Kampf verschiedener Anschauungen im Völkerbund erfolgen könnte. Ich teile diese Auffassung nicht.

### Der Völkerbund würde sich selber aufgeben,

wenn er die Grundzüge ausläßt, von denen er einst bei Annahme des Minderheitenschutzes ausgegangen ist. Gerne habe ich es bezeugt, daß der verehrte Vertreter Frankreichs in der Dezembertagung in so starker und feierlicher Weise sich zu den Grundzügen der Minderheiten bekannt hat. Ich kenne in dieser Frage auch nicht einen Unterschied zwischen an diesen Fragen interessierten und nicht interessierten Nationen. Denn die Frage, die wir behandeln, ist eine Frage, die den Völkerbund in seiner Gesamtheit interessieren muß. Die Idee, die zu der Begründung des Völkerbundes und zu den von ihm übernommenen Garantien für die Minderheiten geführt hat, sehe ich gerade darin, daß er den

### Ausgleich schaffen wollte zwischen den Spannungen,

die die neuen Verhältnisse naturgemäß schaffen und zurücklassen vermögen, durch eine gerechte Handhabung gegenüber den Menschen anderer Rasse, anderer Religion und anderer Sprache. Den Frieden auf die Ewigkeit zu sichern, ist ein Ideal, dem die Menschen zustreben, ohne daß irgend jemand würde behaupten können, daß die Menschheit dieses Ideal zu erreichen wird. Wir können nur alles, was in unseren Kräften steht, dazu tun, um die Voraussetzungen für einen solchen Frieden zu schaffen. Eine dieser Voraussetzungen ist

### der kulturelle Friede der Völker untereinander

und stärker als Paragraphen und Bindungen es für die Ewigkeit vermögen, wird der Friede gesichert werden können durch die Ausübung der Gerechtigkeit gegenüber jedem, der für das ihm gegebene Lebensrecht seiner Sprache, seiner Seele und seines Glaubens eintritt.

Bei Wiederaufnahme der Aussprache verlas der polnische Außenminister

### Zaleski

eine Erklärung, in der u. a. ausgeführt wird, daß das jetzige Verfahren zur Behandlung der Minderheitenbeschwerden in den Minderheitenverträgen nicht vorgesehen sei. Wiederholt sei von diesen Staaten erklärt worden, daß es ihnen unmöglich wäre, jeder Abänderung des gegenwärtigen Regimes zuzustimmen, wenn sie nur für die Staaten allein verpflichtend wäre. Er beantragte daher, daß der Rat einen Berichterstatter ernenne und dem Völkerbundsrat einen Bericht vorlege. Mit der Unterbrechung dieses Antrages wollte er sich vorerst jedes Eingehens auf die Minderheitenfrage im allgemeinen enthalten.

### Das rumänische Ratssitzungsmitglied

### Titulescu

schloß sich im Namen seiner Regierung den polnischen Erklärungen und dem polnischen Antrag an.

### Dritter Redner war Johann der englische Außenminister

### Chamberlain.

Er behandelte eingehend die Tätigkeit des Dreierkomitees zum Studium der Minderheiten-Beschwerden, wobei er vor allem auf zwei Mängel hinwies, für die, wenn möglich, Abhilfe geschaffen werden sollte, nämlich erstens die Publizität, die in Zukunft in größerem Ausmaß verwirklicht werden sollte, weil dadurch ein großer Teil der bei den Minderheiten vorhandenen Befürchtungen beseitigt werden würde, und zweitens sollte das Tempo des Verfahrens bei der Behandlung von Minderheitenfragen beschleunigt werden, wenn gleich zugegeben werden müsse, daß die Vorprüfung der Beschwerden eine gewisse Zeitspanne erforderlich mache.

Zur grundsätzlichen Seite der Angelegenheit erteilte Chamberlain, das Wort Briand's von den heiligen Reden der Minderheiten könne nicht genug unterstrichen werden. Es müsse aber ergänzt werden durch die Betonung der Notwendigkeit der Loyalität der Minderheiten gegenüber dem Staat, zu dem sie gehören.

wirle  
nutzen sog.  
Brauerei  
ere!  
filzen und  
tenbezüge  
ge usw.  
mäh von  
agner  
benheim  
gung und  
Relieren-  
diensten.  
edit  
zahlung  
Minder-  
waren,  
cken, In-  
u. Welt  
skäbter  
46, part.  
ng!  
rer  
stoartitel  
n in der  
en  
parlung  
il gefucht  
ge 47 I.  
ehen  
1. April  
sch.  
Sof.  
eben  
sbalt für  
eril gefucht  
he 6. I.  
aus  
verda  
in.  
freil  
anden.  
schäbter.  
straße 2.